

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 10.01.2018

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Fath
Stadtrat Ferber (für SR Henrich)
Stadtrat Gernhart
Stadtrat Hofmann
Stadtrat Siebentritt
Stadtrat Scherf
Stadtrat Turan
VR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1-10, nichtöffentlich ab TOP 11 und dauerte von 19.00 Uhr bis 20.40 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 06.12.2017**

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, die Niederschrift über die Ausschußsitzung am 06.12.2017 zu genehmigen.

2. **Bauanträge**

2.1 **Heiko Johanni, Am Moosgraben 19 b - Errichtung einer Terrassenüberdachung**

Herr Johanni beabsichtigt, seine Terrasse mit einer ca. 5,80 * 2,10 m großen Überdachung zu versehen. Das Vorhaben ist gem. Art. 57 Abs. 1 Nr. 1g BayBO verfahrensfrei, bedarf aber wegen Überschreitung der Baugrenze des Bebauungsplanes „Wörth-West einer isolierten Befreiung. Die Nachbarn haben dem Vorhaben zugestimmt.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, die Befreiung zu erteilen.

3. **Beschaffung von zwei Uhren für die Grund- und Mittelschule**

Für die generalsanierte Grund- und Mittelschule sollen noch zwei Uhren für den oberen bzw. mittleren Pausenhof beschafft werden. Um aufwendige Installationen zu vermeiden, sollen dabei batteriebetriebene Uhren eingesetzt werden.

Für den Erwerb und die Montage einer Uhr an der Südwestfassade hat die Bauverwaltung Kosten in Höhe von etwa 1.612 € ermittelt. Beschaffung und Montage einer an einem Mast anzubringenden Uhr im unteren Bereich würde voraussichtlich etwa 3.538 € kosten.

Die Notwendigkeit „öffentlicher“ Uhren wurde angesichts der Verbreitung von Armbanduhren und Mobiltelefonen sowie der vorhandenen Lautsprecheranlage in Zweifel gezogen.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, Angebote für eine günstigere Lösung einzuholen. Danach soll eine erneute Beratung im Ausschuß stattfinden.

4. **Neugestaltung der Freifläche zwischen Gartenstraße und Bahndamm**

In seiner Sitzung am 04.10.2017 hatte der Bau- und Umweltausschuß beschlossen, auf den Ausbau eines Parkplatzes auf der Freifläche zwischen Gartenstraße und Bahndamm zu verzichten. Um das Gelände gestalterisch und funktionell aufzuwerten kommt jedoch eine Auffüllung bis auf das Niveau der angrenzenden Straße in Betracht.

Hierfür wäre der vorhandene Mutterboden abzuschleppen und ein Volumen von etwa 1.726 m³ mit geeignetem Material aufzufüllen und zu verdichten. Anschließend wäre der gelagerte Mutterboden wieder einzubauen und zu planieren. Hierfür hat die Bauverwaltung aus den Einheitspreisen der Fa. Grümbel unter Berücksichtigung von Einsparungen durch die wegfallende Abfuhr von Bodenmaterial aus dem Baugebiet „Lindengasse“ verbleibende

Kosten in Höhe von ca. 33.815 € ermittelt. Die in der Beratung angesprochene Alternative einer Auffüllung je nach anfallendem Materialaufkommen wurde wegen der befürchteten Ablagerung von Fremdstoffen wie auch einer längeren Unterbrechung der gärtnerischen Nutzung nicht befürwortet.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, zunächst die für die Maßnahme erforderliche Baugenehmigung einzuholen. Die Realisierung soll erst erfolgen, wenn sie zu wirtschaftlicheren Bedingungen erfolgen kann.

5. Umgestaltung der Bushaltestelle Bahnbrücke (Fahrtrichtung Stadtmitte)

In seiner Sitzung am 11.10.2017 hatte der Stadtrat beschlossen, den Gehweg auf der Südwestseite der Landstraße zwischen Bahndammweg und Gartenstraße umfassend zu erneuern. In diesem Zusammenhang schlägt die Verwaltung vor, die vor der Gärtnerei Wetzelsberger gelegene Bushaltestelle zukunftssicher und barrierefrei auszubauen. Dabei würde die jetzige Haltebucht entfallen und ein sog. Buskap entstehen. In diesem System hält der Bus auf der Fahrbahn. Ein barrierefreier Zugang wird dabei durch sog. Kasseler Hochborde sichergestellt. Auf der hinter dem neuen Gehweg frei werdenden Fläche könnte eine Unterstellmöglichkeit errichtet werden.

Eine erste Kostenschätzung des Bauamtes beläuft sich auf etwa 32.250 €, davon etwa 15.000 € für die Wartehalle. Möglicherweise kann ein Zuschuß bis zu einer Höhe von 8.000 € erreicht werden.

Der Bau- und Umweltausschuß empfiehlt, den Umbau der Haltestelle durchzuführen.

6. Verkehrsangelegenheiten

6.1 Zulassung von Werbeanlagen am Kreisverkehr St 3259 Süd

Die städtische Grünfläche am Kreisverkehr Landstraße/St 3259 Süd wird in einem hohen Maße zur Aufstellung von großflächigen Werbeanlagen in Anspruch genommen. Insbesondere die Nähe zum Straßenkörper und die damit verbundenen Einschränkungen des Sichtfeldes hatten dabei zu einiger Verärgerung geführt. Die Situation wird dadurch weiter erschwert, daß die zur Aufstellung genutzten Flächen ganz überwiegend dem Freistaat Bayern und der Deutschen Bahn gehören. Seitens des Ausschusses sollte grundsätzlich festgelegt werden, wie im Zusammenwirken mit Staatlichem Bauamt und Deutscher Bahn künftig mit entsprechenden Anfragen verfahren werden soll.

Die Notwendigkeit detaillierter Regelungen wurde im Ausschuß unterschiedlich beurteilt. Eine zahlenmäßige Begrenzung von Werbetafeln soll nicht erfolgen.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, Stellungnahmen der Deutschen Bahn und des Staatlichen Bauamtes einzuholen.

6.2 Aufhebung eines Parkverbots in der Kronbergstraße

Auf der Nordostseite der Kronbergstraße ist derzeit ein Parkverbot verfügt, welches offensichtlich vormals den Zweck verfolgte, die Parksituation im Umfeld der früheren Zahnarztpraxis Schedl zu regulieren. Es wurde angeregt, dieses Parkverbot aufzuheben, da es aus heutiger Sicht nicht mehr erforderlich sei.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, dem zu folgen.

6.3 Verbesserungen am Bahnübergang Diephaus

Am 28.11.2017 hat eine Verkehrsschau aller Bahnübergänge im Kreisgebiet stattgefunden. Dabei wurde am Bahnübergang Diephaus ein erheblicher Handlungsbedarf festgestellt, um das dort bestehende Gefährdungspotential auszuschalten. Seitens der Stadt sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Versetzen eines Verkehrszeichens 151 (Unbeschränkter Bahnübergang) - bereits veranlaßt

- Austausch eines weiteren Verkehrszeichens 151 - bereits eingeleitet
- Verlängerung der Leitplanke am Radweg Landstraße um ca. 10 m
- Absperrung des Weges vom Campingplatz Mainruh zur Landstraße - hierzu hat die Verwaltung bereits Gespräche mit den Anliegern über eine alternative Wegführung aufgenommen

Die Westfrankenbahn prüft ihrerseits, ob eine Nachrüstung der bestehenden Signalanlage mit akustischen Elementen möglich ist. Dabei wurde bekannt, daß die Signal- und Absperrtechnik am Bahnübergang im Jahr 2021 umfassend erneuert werden soll.

Die Verwaltung empfiehlt, in diesem Zusammenhang die Verlängerung des Gehwegs in der Landstraße bis zum Lidl-Markt ins Auge zu fassen und der Westfrankenbahn als bei der weiteren Planung zu berücksichtigenden Aspekt mitzuteilen.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung so zu verfahren. Dabei soll auch geklärt werden, ob und in welchem Umfang die Stadt eine Kostenbeteiligung für den Umbau des Übergangs zu übernehmen hat.

7. Sanierung des Bocksbergwegs

Der Bocksbergweg befindet sich im Bereich der Fa. Diephaus und der ehemaligen Kreis-
mülldeponie in einem äußerst schlechten Zustand. Im Zuge etwaiger Sanierungsmaßnahmen sollte geprüft werden, ob eine dauerhafte Markierung der Weggrenze gegen das Betriebsgelände Diephaus angebracht werden sollte.

Stadtrat Ferber wies darauf hin, daß bereits eine Markierung mit Flexschnitten angebracht wurde.

Der Bau- und Umweltausschuß kam überein, im Frühjahr eine Ortsbegehung des Wegabschnitts vorzunehmen.

8. Installation eines Fahnenmastes auf dem Tannenturm

Bereits im Jahr 2017 hatte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeit der Installation eines Fahnenmastes auf dem Tannenturm zu prüfen.

Aufgrund des auf dem Turm zu erwartenden Winddrucks sind dabei bestimmte statische Überlegungen zu berücksichtigen. Das Bauamt hat zusammen mit der Fa. Alois Straub einen Lösungsvorschlag entwickelt, der einen drehbaren Mast mit einer fest eingespannten, ca. 3,30 m hohen Bannerfahne (ähnlich der Fahne am Schiffahrtsmuseum) vorsieht. Die Kosten hierfür betragen ca. 3.085 €.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, Möglichkeiten einer wirtschaftlicheren Ausführung der Anlage zu prüfen.

9. Bekanntgaben

Bgm. Fath gab folgendes bekannt:

- Am Friedhof mußten drei Fichten, die die Standfestigkeit der Sandsteinmauer beeinträchtigten, gefällt werden. Eine Pflanzung geeigneter Ersatzbäume ist vorgesehen.
- In der Bergstraße mußten zwei abgestorbene bzw. nicht mehr standfeste Birken entnommen werden. Auch hier soll eine Ersatzpflanzung mit geeigneten Bäumen erfolgen.
- Alle schwedischen Mehlbeeren in der Bergstraße und an der Katholischen Kirche sind von einem Pilz befallen. Mittelfristig ist eine Fällung unumgänglich.
- Beim Neuabschluß von Pachtverträgen über landwirtschaftliche Grundstücke sollen künftig ein Verbot der Verwendung von Glyphosat und eine Einschränkung der zulässigen Düngung eingeführt werden.
- In Höhe des Betonwerks Schmitt ist der Radweg auf einer Länge von ca. 150 m massiv unterspült. Der Abschnitt ist derzeit halbseitig gesperrt. Eine umfassende Erneuerung

mit Verbesserung der Böschungssituation ist unabdingbar. Die Verwaltung wird mit der Fa. Diephaus Gespräche über eine vorübergehende Verlegung durch das Werksgelände aufnehmen.

10. Anfragen (öffentlich)

- Stadtrat Turan regte an, einen ca. 2 m breiten geschotterten Bereich an der Nordseite des Dols zu teeren, um die Begehbarkeit zu verbessern.
- Auf Anfrage von Stadtrat Scherf teilte Bgm. Fath mit, daß der Baumbestand in der Bayernstraße regelmäßig auch auf etwaige Beeinträchtigungen der Gehwege überprüft wird. Soweit ohne Schädigung möglich werden dabei auch Nebenwurzeln gekürzt.
- Stadtrat Gernhart kritisierte, daß die Durchfahrt durch Rathausstraße im Bereich des Bürgerhauses wiederholt durch parkende Kleinbusse erschwert wird.
- Stadtrat Scherf bat um Überprüfung, welcher Niveauunterschied zwischen Gehweg und Fahrbahn erforderlich ist, um eine rechtssichere Abgrenzung zu erreichen. Bgm. Fath sagte eine entsprechende Abstimmung mit der Polizei zu.
- Auf Anfrage von Stadtrat Hofmann teilte Bgm. Fath mit, daß die Ursache mehrerer äußerst lauter Explosionsgeräusche am Silvestertag bisher nicht geklärt werden konnte.

Wörth a. Main, den 18.01.2018

A. Fath
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer